

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Briefträger 1,10 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau  
„Sozialistischer Verlag“ G. m. b. H., Breslau.

Angeliegenspreise: Die Spaltenpreise für Anzeigen sind in der Rubrik „Anzeigen“ zu entnehmen.  
Werbung und Anzeigenpreise: Die Spaltenpreise für Anzeigen sind in der Rubrik „Anzeigen“ zu entnehmen.  
Werbung und Anzeigenpreise: Die Spaltenpreise für Anzeigen sind in der Rubrik „Anzeigen“ zu entnehmen.

## Die Eisenbahner gegen den Verrat der Bürokratie und für die proletarische Einheitsfront.

Neue Lohnforderungen. — Kommunistischer Wahlsieg. — Schärfstes Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbürokratie. — Für die proletarische Einheitsfront.

Aus Leipzig und Brandenburg gehen uns Berichte über Eisenbahnerversammlungen zu, aus denen vor allem die Gewerkschaftsbürokratie sehr viel lernen könnte. Beide Versammlungen waren überfüllt.

In Leipzig tagte am 23. Januar die Generalversammlung der Jahreshilfe Leipzig des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Eine längere Aussprache zeitigte der Punkt: „Neuwahl der Ortsverwaltung“, wobei die bisherige Ortsverwaltung von fast allen Rednern scharf kritisiert wurde, weil sie eine von einer Funktionärskonferenz aufgestellte Vorschlagsliste mit unzulässigen Mitteln zu umgehen suchte. Es half alles nichts. Scharf kam zum Ausdruck, daß sich die Kollegen ihre Organisationen nicht zersplittern und auch nicht vorschreiben lassen, wen sie mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betrauen. Nach Schluß der Debatte wollten die von der Ortsverwaltung bestellten Bezirksleiter von Dresden und Halle noch zu der Wahl sprechen, um die Generalversammlung auf wichtige Beschlüsse des Hauptvorstandes aufmerksam zu machen. Das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Mit großer Mehrheit wurden als Besitzer der Ortsverwaltung und als Kartellbelegierte mit einer einzigen Ausnahme nur Kollegen gewählt, die auf dem Boden der Dritten Internationale stehen.

Einmütig wurde nach lebhafter Debatte ein Antrag angenommen, der den Hauptvorstand des D. E. V. auffordert, sofort Verhandlungen zwecks weiterer Lohnhöhungen einzuleiten. Der Verbandsvorstand des D. E. V. ist heute in der gleichen Lage wie jener Schusterjunge, der seinem Meister sagte: „Die Stiefel sind fertig, soll ich sie gleich flicken?“

Ein weiterer Antrag, der gleichfalls lebhaft besprochen und gegen wenige Stimmen angenommen wurde, fordert den Hauptvorstand auf, seine Stellungnahme zu dem von der U. S. P. D. erlassenen Offenen Brief bekannt zu geben. Alle Manipulationen und Anstrengungen auch der Bezirksleiter konnten die Beamten und Arbeiter des D. E. V. nicht davon abbringen, sich auf die Seite derer zu schlagen, die gewillt sind, wirklich für die Arbeiterinteressen zu kämpfen.

Von welchem Geist die Versammlung in Brandenburg erfüllt war, dafür mag die nachstehende Resolution zeugen, die bei einer Stimmzählung angenommen wurde.

„Die am Sonntag, den 23. Januar 1921, im überfüllten Saale des Volkshauses tagende öffentliche Eisen-

bahner-Versammlung (Brandenburg) protestiert ganz energisch gegen die unverantwortliche Handlungsweise der an der Lohnbewegung beteiligten Gewerkschaftsvertreter, die systematisch die Interessen der Arbeiter und Beamten verraten haben.“

Die versammelten Arbeiter und Beamten sprechen sämtlichen beteiligten Gewerkschaftsführern das schärfste Mißtrauen aus und stellen ihnen anheim, sofort ihre Posten zu verzeuern.

Ferner fordern die Versammelten von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zur Herstellung einer Einheitsfront der Proletarier den Offenen Brief der U. S. P. D. anzuerkennen und in geschlossener Front den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.“

## Die Halleische U. S. P. D. und S. P. D. für den Offenen Brief der U. S. P. D.

Nach einem Referat des Genossen Meyer stellte sich gestern das Halleische Gewerkschaftskartell hinter die Forderungen der U. S. P. D. Zugleich erhob das Kartell den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie. Die Vertreter der U. S. P. D., der S. P. D. und unsere Genossen stimmten gemeinsam für einen Antrag, diese Frage in dem gleichen Sinne in der Halleischen Öffentlichkeit in drei großen Gewerkschaftsversammlungen zu behandeln.

Der Wille zur gemeinsamen Aktion setzt sich in den Massen unwiderstehlich durch. Tag für Tag häufen sich bei uns die Berichte, die erkennen lassen, daß der Wille zum gemeinsamen Handeln bei den unabhängigen und mehrheitssozialistischen Arbeitern nicht minder stark ist, als bei ihren kommunistisch gesinnten Klassengenossen.

Heute früh setzte sich Robert Dittmann in der „Freiheit“ mit den Baroten der U. S. P. D. auseinander. Er geht wie die Raze um den heißen Brei dem Problem aus dem Wege. Die Mühe ist vergebens. Selbst die Funktionäre der S. P. D. und U. S. P. können dem Druck der Massen nicht widerstehen. Zahlreiche Berichte haben das in letzter Zeit erhärtet, der vorstehende Bericht aus Halle bekräftigt dies erneut.

Eintritt nicht aus eigensüchtigem Interesse, sondern aus Ueberzeugung geschieht. Analphabeten werden nicht in die Partei aufgenommen.“

Was meinen Herr Dittmann und die antibolschewistische „Freiheit“ zu diesen Tatsachen?!

## Die deutsche und die polnische Bourgeoisie gegen die Arbeiter Oberschlesiens.

Steiwig, 25. Januar.  
Am Sonntag wurde eine Konferenz der Union Königshütte von Militär besetzt und nach Waffen durchsucht. Sie mußte unter Polizeiaufsicht weitergehen. Nach dem Referat des Genossen Albert (S. P. D.) stimmte die Union dem Standpunkt der U. S. P. D. Oberschlesiens zu.  
Eine Mitgliederversammlung der U. S. P. D. Königshütte wurde ebenfalls von Militär aufgelöst.

Die deutsche und polnische Bourgeoisie, die in heuchlerischen Versprechungen an die Arbeiter weiterföhren, um sie zur Abgabe eines nationalistischen Stimmentzels zu veranlassen, durch den sie sich selbst dem Joch der einen oder anderen Bourgeoisie verschreiben sollen, erteilen hier den ober-schlesischen Arbeitern eine bündige und eindringliche Aktion über den Sinn der ober-schlesischen Abstammung und zeigen ihnen, auf welcher Front und gegen welchen Feind sie kämpfen müssen.

## Valuta steigt — die Krise wächst.

In den letzten Wochen hat sich ein Umschwung in dem Verhältnis der amerikanischen Valuta zu den Währungskursen der europäischen Länder vollzogen, der von außerordentlicher Bedeutung ist. Die „Bosfische Zeitung“ vom 18. Januar enthält die folgende Tabelle, die die Veränderung der Wechselkurse in den wichtigsten europäischen Ländern an der New-Yorker Börse anzeigt:

Kabelausszahlung auf London . . . . .	3,725	3,5275
Wechsel auf Berlin . . . . .	1,46	1,35
Wechsel auf Paris . . . . .	56,08	55,87
Wechsel auf Belgien . . . . .	6,40	5,91
Wechsel auf die Schweiz . . . . .	15,60	15,24
Wechsel auf Madrid . . . . .	13,27	12,83

Der Preis des Dollars, dessen Höchststand im November vorigen Jahres 87% Mark war, betrug am Sonnabend an der Berliner Börse nur 66% Mark.

In der „Bosfischen Zeitung“ wird das Steigen des Marktkurses gegenüber dem Dollarkurs als „eine Kundgebung ausländischer Vertrauen, die weithin ihre Wirkungen ausüben muß“, bezeichnet. Diese abgegriffene Phrase wird durch die in der obigen Tabelle aufgezeigte Tatsache widerlegt, daß der Dollarkurs nicht nur gegenüber dem Kurs der Mark, sondern auch des Franc, des Franken, des englischen Pfundes gesunken ist. Daran ergibt sich klar, daß die Besserung der Mark gegenüber dem Dollar, die begleitet wird von der Besserung der Währungen fast aller großen europäischen Länder, nicht eine Folge der steigenden Produktion in den Vereinigten Staaten ist. Wohin sollte sich das „Vertrauen“ Amerikas zu Europa richten? Etwa durch die wachsende Arbeitslosigkeit in allen europäischen Ländern? Das Sinken der amerikanischen Valuta ist die Folge seiner sinkenden Ausfuhr. Es ist eine Folge der Rückwirkung, die die Verarmung Europas auf die amerikanische Wirtschaft ausübt.

Möglich, daß der zwangsläufige Prozeß, der im Sinken des Dollarkurses zum Ausdruck kommt, durch aktives Eingreifen der amerikanischen Spekulation beschleunigt wird. Die Spekulation wäre alsdann nicht Ursache, sondern wie das Sinken des Dollarkurses selbst Symptom und Folge der Weltwirtschaftskrise. Der amerikanische Kapitalismus, besonders im Westen und Süden der Union, hat ein dringendes Interesse, seine aufgehäuften Getreide- und Baumwollvorräte loszuwerden. Es hat deshalb einige Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Farmer des Westens und die Baumwollpflanzer des Südens die europäischen Währungskurse spekulativ zu heben suchen, um die europäischen Länder instand zu setzen, ihnen ihre Waren abzunehmen. Wenn also die Valuta steigt, so wird das Gleiche eintreten, was als Folge des Anstiegens der Valuta im Frühjahr 1920 und weiterhin eingetreten ist. Die Produktionsflutung wird sich steigern, weil die Ausnützung des schlechten Valutastandes zu Exportzwecken dann noch weniger möglich sein wird als jetzt. Damit wäre dann der einzige Weg, der eine Produktion in größerem Umfang in Deutschland noch möglich macht, verschlossen. Sogar bürgerliche Blätter sehen die Katastrophe voraus, die aus einem fortgesetzten Sinken des Dollarkurses sich notwendig ergeben muß. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Solange der Preisstand der Reichsmark uns einen großen Vorsprung vor den mit uns konkurrierenden Ausfuhrstaaten ließ, brauchte man der Absatzflutung in den überseeischen Ländern keine übergroße Bedeutung beimessen. Das könnte aber anders werden, wenn die ganz überraschend gekommene Bewegung des Reichsmarktkurses an der New-Yorker Börse etwa tiefere Ursachen hätte und etwa nicht nur in spekulativen Nachenschaften, wie sie früher schon wiederholt hervortraten, wurzelt sollte. Man darf nicht übersehen, daß der weitaus größte Teil unserer inländischen Erzeugung bisher vom Auslande zu hohen Preisen aufgenommen wurde, da wir unter Berücksichtigung der Valuta immer noch billiger herstellen können als andere Länder und unsere Preise daher die Weltmarktpreise meist noch nicht erreicht haben. Wenn die Valuta sich aber in der Folgezeit weiter bessern sollte, würde unserer Industrie ein nicht zu übersehendes Gefahrenmoment erwachsen und eine Ernüchterung der Spekulation vielleicht nicht ausbleiben können. Für die künftige Entwicklung der Wertpapiere wird die Gestaltung der Devisenkurse also von maßgebendem Einfluß sein.“

## „Die Wahrheit über Sowjet-Rußland“.

Meinungen eines slowakischen Gewerkschaftsführers.

Raschau, 24. Januar 1921. (Kofka Wien.)  
Auf dem am 15.—16. Januar abgehaltenen Parteitag der sozialistischen Parteiorganisation der Slowakei und Karpatenrußlands erstattete der slowakische Gewerkschaftsführer Berekil folgenden Bericht über seine Eindrücke in Sowjet-Rußland:

„In jeder Fabrik wird ein Kampf gegen das Analphabetentum geführt. Außer den besonderen Kursen wird jeder des Lesens und Schreibens kundige Arbeiter mit dem Unterricht zweier Analphabeten betraut. In jeder Fabrik ist ein Klub und eine Bibliothek eingerichtet.“

In Rußland sieht man keinen Beluntenen und keinen Bettler. Die Kinder sind bis zu ihrem 17. Lebensjahre schulpflichtig. Die Begabten werden in den Arbeiteruniversitäten weitergebildet.

Alle Arbeiter arbeiten nicht. Sie erhalten ihre Pension und werden in Erholungsheimen untergebracht. Jeder Arbeiter hat jährlich auf 14 Tage Urlaub Anspruch und kann diese Zeit in Kurorten verbringen, wo er unentgeltlich versorgt wird.

Der Eintritt in die kommunistische Partei ist nur für erprobte und opferbereite Arbeiter möglich. Die Intellektuellen müssen durch besondere Dienste beweisen, daß ihr

Bemerkenswert ist an diesen Ausführungen zunächst die unverhüllte Offenheit, mit der die schrankenlose Ausweitung der schlechten Valuta, der wirtschaftlichen Verarmung zu Spekulationsprofiten zugehoben und das Umschlagen der Valuta nach oben als Menetekel für den kapitalistischen Profit an die Wand gemalt wird. Die amerikanische Spekulation, die von dem Steigen der Marktwaluta etwa eine Steigerung ihres Abfuges erhofft, wird sich getäuscht sehen. Die Preise der amerikanischen Waren für Deutschland werden zwar billiger, aber die Preise deutscher Waren für Amerika und die übrigen Länder teurer. Die Abfahrtsreise, von der Deutschland bisher weniger betroffen ist als andere Länder, wird erst dann in vollem Umfange auch in Deutschland zur Auswirkung kommen. Die Betriebsstörungen werden zunehmen und die Arbeitslosigkeit wird in noch fürchterlicherem Ausmaße wachsen.

Die Prophezeiungen der „Kreuzzeitung“ mögen dem dunklen Proletariat als Mahnung dienen, die drohende Gefahr rechtzeitig zu bannen. Was die „sozialistischen“ Führer nicht sehen oder nicht sehen wollen, sieht die Bourgeoisie mit voller Klarheit und sie ist dabei, sich zu rüsten, um das verhängnisvollste Verbrechen zugeführte Proletariat niederzuhalten. In dem Offenen Brief der V. K. P. D. ist der einzige Weg klar gezeigt, der die vollständige Knebelung und Verelendung der Arbeiterschaft verhindert.

## Politische Uebersicht.

### Die Getreidepreise für die nächste Ernte.

Erhöhung um fast 50 Prozent.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Berlin, 26. Januar. Wie die „Völkische Zeitung“ mitteilt, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sich entschlossen, für die nächste Ernte folgende Mindestpreise auf die Tonne Brotgetreide in Vorschlag zu bringen: Roggen 2050 Mark (bisher 1390) und Weizen 2255 Mark (bisher 1570). Nach dem bisher geübten Verfahren sind das die Mindestpreise, die dem Landwirt für seine Erzeugnisse in jedem Falle zu gewähren sind. Sollten sich aber weitere Erhöhungen der Selbstkosten herausstellen, so werden die Preise wie im Vorjahre kurz vor der Ernte erhöht und gelten dann als Höchstpreise. Dieser Vorschlag wird den Ernährungsministern der Länder unterbreitet werden.

Das Agrarkapital hat wieder einen Erfolg errungen. Vor einigen Tagen verkündete der Reichsunterernährungsminister Hertweg, daß eine Erhöhung der Getreidepreise der neuen Ernte nicht eintreten werde. Entweder hat man damals gelogen, oder man hat dem Drängen der kapitalistischen Ausbeuter nicht standhalten können, wie immer.

### Neues Anschwellen des Reichsdefizits.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Berlin, 26. Januar. Die Finanzgebarung des Reiches weist im zweiten Drittel des Januar wieder einen etwas ungünstigeren Stand auf gegenüber dem ersten Drittel des Monats. Die Disziplinurde beginnt wieder anzustrengen. Die Einnahmen des Staates betragen 919,30 Millionen Mark, die Ausgaben 1,021 Milliarden, die Zuschüsse an die Reichspost 570 Millionen Mark, an die Eisenbahn 616 Millionen Mark, so daß die Summe der Ausgaben 2,21 Milliarden betragen, was eine Neuaufnahme von 1,29 Milliarden Mark schwebende Schulds gegen nicht ganz eine Milliarde im ersten Drittel notwendig machte. Der Stand der schwebenden Schulds am 20. Januar belief sich auf 154,286 Millionen Mark.

Das Reichsfinanzministerium im Reichstag der Gegenwart über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 zugegangen. Aus dem Inhalt geht hervor, daß der Etat für 1920 an einmaligen Ausgaben 66 Milliarden 264 Millionen Mark beträgt, von dem durch einmalige außerordentliche Einnahmen insgesamt nur 2 Milliarden 562 Millionen Mark gedeckt sind. Von dieser Summe entfallen 25 Milliarden auf die Ausführung des Friedensvertrages, so daß mithin für den eigentlichen Reichsetat noch 36 Milliarden 702 Millionen Mark aufzubringen sind. Von diesen sind bisher 2 Milliarden 450 Millionen Mark bewilligt. Der Rest ist noch ungedeckt.

### Die Arbeitslosigkeit wächst weiter.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar um 43 000 auf rund 409 000 gestiegen, und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 333 000, die der weiblichen von 74 000 auf 96 000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 361 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterjüngsten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Darvorschlag dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetroffenen Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffer überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Kurzarbeiter“ tritt.

### Die alten Wahladventurer der Sozialdemokratie.

Die Heilmann-Korrespondenz jagt die halbproletarischen Schichten, die noch immer bürgerlich wählen, bei der Preußenwahl für die Sozialdemokratie einzusparen. Es werden die meisten Wahladventurer hervorgehoben, auf denen schon Jahrzehnte vor dem Weltkrieg die Sozialdemokratie Wahlgewinne machte und die Partei zu einem großen Wahlsiegerehren würdigte. Den Wählern wird gesagt, daß ihnen die bürgerlichen Parteien nur schon Verprechungen machten, um dann nach den Wahlen mit Hilfe der Stimmhändler zu kommen. Nur die Sozialdemokratie habe ihre Versprechungen und ihre Verbindlichkeiten den Kampf gegen rechts und

Das mag früher einmal gezogen haben. Gegenwärtig aber hat die Sozialdemokratie selbst ein derartiges Steuerbündel auf dem Gewissen — man denke nur an den zehnprozentigen Steuerabzug —, daß sie sich nicht mehr gut gegen die bürgerlichen Parteien, ihre Mitschuldigen, als etwas Besseres aufspielen kann. Der alte Wahladventurer paßt durchaus nicht mehr in den neuen Laden.

Noch klüger ist es mit dem Kampf gegen rechts. Es ist wirklich köstlich, wie es die Heilmann-Korrespondenz fertig zu bringen sucht, bürgerliche Wähler zu gewinnen, ohne ihren kleinbürgerlichen Vorurteilen vor den Kopf zu stoßen. Rechts sei für die Sozialdemokratie nicht gleichbedeutend mit Bürgerertum. Die Sozialdemokratie habe mit revolutionärem Doktrinarismus nichts zu tun. Sie denke nicht daran, durch einen solchen der Gefolgschaft des Bürgerertums den Anschluß an die Sozialdemokratie zu erschweren usw.

Also immer noch der alte Dauernfang. So machten es die Scheidemänner schon zu Wilhelms Zeiten bei jeder Wahl. Sie schimpften auf die Regierung, namentlich auf die Steuern und brachten durch diese wilde Dresseur die Kleinbürger in die richtige Wahlstimmung. War das erreicht, so legte sofort die zahme Dresseur ein. Die sozialdemokratischen Redner verleugneten kurzer Hand die Endziele des Sozialismus oder verschoben sie doch bis zum jüngsten Tag, um sich den kleinbürgerlichen Elementen als eben so gut kleinbürgerliche Umschulungseln hinzustellen, vor denen Sparbüchse, Bankguthaben und all die anderen schönen Sachen, an denen der Kleinbürger Herz hängt, so sicher seien, wie in Abrahamsschloß. Mit dieser schönen Methode der Selbstverleugnung lockte die Sozialdemokratie die kleinbürgerlichen Wähler heran und wurde schließlich selbst kleinbürgerlich. Jetzt holt die Heilmann-Korrespondenz den alten Wahladventurer wieder hervor und steckt ihn als Wahlparole auf den allen kleinbürgerlichen Nachtwächterposten. Aber ohne neue Aufmachung wird man nun einmal keine alten Wahladventurer los. Die neue Aufmachung besteht darin, daß Heilmann vorgibt, die bürgerliche Einheitsfront zerstören zu wollen. Die proletarische Einheitsfront lehnen die sozialdemokratischen Bonzen ab und gleichzeitig suchen sie sich durch Betonung dieser Ablehnung beim Bürgerertum Liebling zu machen.

Von solchen Sozialisten hat allerdings die Bourgeoisie nichts zu fürchten, aber das Proletariat auch nichts zu hoffen.

### Erklärung.

In Nr. 22 der „Schles. Arb.-Ztg.“ gelangt ein Wahlauftrag zum Abdruck, der in die Worte gipfelt: „Wählt die kommunistische Wahlliste! Das ist der zurzeit wichtigste und sicherste Schutz gegen Reaktion und Gegenrevolution!“ — Das ist eine sozialdemokratische Phrase, die nur durch einen Jungenfehler einem Kommunisten passieren konnte. Nicht die Stimmabgabe für die kommunistische Wahlliste, sondern die Einigung des Proletariats zum Klassenkampf auf der Grundlage des „Offenen Briefes“ der V. K. P. D. ist der zurzeit wichtigste und sicherste Schutz gegen Hunger und Konterrevolution.

Breslau, den 27. Januar 1921.

Bezirksverbandsleitung Schlesien der V. K. P. D.

Klein. Jäger.

### Simons über die Wiedergutmachungsfrage.

Am Schluß der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages, in dem die „Reform“ des Auswärtigen Amtes verhandelt wurde, gab der Außenminister Dr. Simons eine Erklärung über den Stand der Wiedergutmachungsfrage ab.

Er gab einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen und die Gründe, die für ein Eingehen auf den Vorschlag einer Festsetzung von Annuitäten für fünf Jahre maßgebend gewesen seien. Er betonte, daß Deutschland auf die Festsetzung der Gesamtschuldsummen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bis zum 1. Mai d. J. erwarten darf, nur verzichten konnte, wenn es sich vorher mit den Gegnern über die Erleichterungen der aufzulegenden Last verständigt habe. „Kommt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten Voraussetzungen unserer Zahlungsfähigkeit und über die Methode der Leistung, so muß es bei der Festsetzung der Gesamtschuld zum 1. Mai sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unbilliges Diktat einer unerträglich hohen Verschuldung vorziehen würde.“ Auf der anderen Seite dürfe die Regierung nichts verjähren, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienlich sein könnte. Sie müsse ebenso wie ihre Gegner sich durchbringen lassen von dem Bewußtsein der Interressolidarität.

Simons, der einzige Vertreter des östlichen Kurzes, der „weiße Rabe“ der „Freiheit“, sieht heute keinen anderen Weg mehr als ein schwächliches Festhalten mit dem Untertanen und dem Appell an die Interressolidarität der Untertanen mit der handfesten deutschen Bourgeoisie. Das charakterisiert den Fall der deutschen Bourgeoisie seit den Tagen des russischen Botschafters in Polen.

### Die Landtagswahlen in Lippe.

Detmold, 25. Januar. Bei der Wahl zum Lippeischen Landtag sind abgegeben worden: für die Deutschnationalen 17 600, Demokraten 8800, für den Gewerkschaftsbund 4400, für die deutsche Volkspartei 14 500, für die Reichssozialisten 25 400, Unabhängigen 2400, für die Kommunisten 3400 Stimmen. Nach diesen Ergebnissen ist die bisher im Lippeischen Landtag bestehende parlamentarische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten fallen auf die Sozialdemokraten 7, die Gewerkschaften 2, Deutschnationalen 2, Deutsche Volk-

partei 4, Gewerkschaftsbund 1, Kommunisten 1. Die Unabhängigen erhielten kein Mandat. Die Wahl ist deshalb besonders bemerkenswert, weil zum ersten Male die Wahlpflicht in Erscheinung trat.

### Die Trauben sind sauer.

Der Vorsitzende der demokratischen Partei Dr. Petersen hat in einer Wahlrede in Magdeburg erklärt:

Sollte bei den Preußenwahlen von den gegnerischen Parteien der Wahlkampf wieder wie bei der letzten Reichstagswahl geführt werden, so lehnt es die Deutsche demokratische Partei ab, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die Demokraten werden dann vorziehen, sich von der Zuschauerloge aus die Dinge anzusehen und es den Narren von rechts und links überlassen, aus ihrem Reizen die Regierung zu bilden.

Bei den Reichstagswahlen, wie bei allen Wahlen zu Vertretungen der Einzelstaaten haben die Demokraten vernichtende Niederlagen davongetragen. Sie wissen, daß es ihnen bei den Preußenwahlen nicht viel besser ergehen wird. So kündigen sie ihren Bankrott im voraus an, den Bankrott der formalen Demokratie, der gleichbedeutend ist mit dem Aufmarsch der Kräfte auf beiden Fronten der Revolution.

### Militarismus und Ansiedler.

Das ehemalige Lockstedter Lager ist bekanntlich für Siedlungszwecke freigegeben worden. Die Siedlungsarbeiten waren auch schon ziemlich weit vorgeschritten, als plötzlich vor einiger Zeit der Kommandeur der 3. Heer Reichswehr-Artillerie mit seinen Kanonen angerückt kam, um vergnügt und munter — ein Scharfschießen abzuhalten. Man kann sich vorstellen, welche Empörung die Siedler pachtete, als sie auf diese Weise um ihr Werk betrogen wurden. Irgegend welche Proteste nutzten nichts, ebensowenig die Polizei, die bekanntlich nur gegen Kommunisten schneidig ist. Man trifft jetzt sogar die Vorbereitungen zu neuen großen Schießübungen. Und das, obwohl der preussische Landwirtschaftsminister Braun und der Reichsfinanzminister Raumer beim Reichswehrminister Einspruch erhoben. Jetzt ist beim Reichskanzler Beschwerde erhoben worden.

Der deutsche Militarismus bleibt sich immer gleich. Dumm aber brutal, fühlen seine Träger sich nach wie vor als Herren im Staate. Die Soldaten-Siedler in Lockstedt bekommen auf drastische Weise zu spüren, wie der kapitalistische Staat ihre Bestrebungen unterstüßt.

### Ebert, der Reichspräsidentenandidat der Deutschen Volkspartei.

Das Kölner Organ der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“, ermahnt in ihrer Ausgabe vom 23. Januar erneut die Rechtssozialisten an ihre Pflicht zur Teilnahme an der Regierung und beteuert dabei ihre stille Sehnsucht mit folgender Verheißung:

„Das ist der einzige Gemeinschaftsgedanke, der im breiten Schichten aller Parteien Wurzel geschlagen hat, und wenn uns aus unserem Defizitkreise mehrfach der Wunsch ausgesprochen worden ist, die zur nationalen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Parteien der Mitte möchten der Sozialdemokratie als Beweis ihres Willens, durch Ueberzeugungsoffer eine solche Arbeitsgemeinschaft zu festigen und zu vertiefen, Herrn Ebert wiederum als Kandidaten für die nächste Amtszeit des Reichspräsidenten präsentieren, so erscheint uns der Gedanke erster Beachtung aller derrer wert, die es zunächst angeht. Der natürliche Takt und das ehrliche Bemühen des ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, allen Empfindungen, die auf Rücksicht Anspruch machen können, gerecht zu werden, haben überall im Volke Anerkennung gefunden, und der schlechteste Mann wäre der Kandidat sicherlich nicht, der seiner nationalen Gesinnung am 18. Januar Ausdruck gab in den Worten: „Die Einheitsfront unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.“

Die Deutsche Volkspartei könnte wirklich nichts Besseres tun, als Herrn Ebert weiterhin im Amte zu belassen oder dafür zu künden. Sie hat dann stets den Vorwurf, Politik in ihrem Sinne, aber mit sozialistischem Anstrich, getrieben zu sehen, was sie in den Stand setzt, vielmehr durchzuführen, als das bei klarer Deklaration der deutschen politischen Verhältnisse möglich wäre. Im übrigen versteht ja Herr Ebert so trefflich das christliche Glauben, Hoffen und Lieben, daß es ihm nicht schwer fallen dürfte, sich auch weiterhin schmerzlos zu erweisen!

### Zurück hinter Friedrich Wilhelm IV.

Die blutigen Zwischenfälle bei der Totenfeier des Berliner Proletariats zu Ehren Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15. Januar haben den Unfug, ein Parlament schämen zu wollen, das überhaupt nicht tagt, wieder einmal in kraffes Licht gestellt. Das Gesetz über die Befriedung des Hauses vor Parlamenten, die Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel innerhalb des unangrenzten Hauses um die deutschen Parlamente herum generell verbietet, ist rückwärtiger, als selbst die vereinsgesetzlichen Bestimmungen zur Zeit der schärfsten Jantareaktion in Preußen, nämlich nach Niederschlagung der 1848er Bewegung. Darvorschlag wurden durch das preussische Vereinsrecht vom 11. März 1850 der Vereins- und Versammlungsfreiheit die schärfsten Knebel angelegt, aber selbst dieses Gesetz konnte ein Verbot von Demonstrationen vor Parlamenten nur für die Zeit, während der die Parlamente tagten, und der § 11 des Gesetzes lautet:

Innerhalb zweier Meilen von den Orten der jeweiligen Residenz, des Königs oder von dem Orte des Sitzes beider Kammern dürfen Volksversammlungen unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde nicht gestattet werden. Das letzte Verbot besteht nur für die Dauer der Sitzungsdauer der Kammer.“

Bekanntlich steht der Beschluß der Nationalversammlung über die parlamentarische Form keine Beschränkung vor, erklärt vielmehr den Raum vor Parlamenten auch dann für geöffnet, wenn diese gar nicht tagen. Es kennzeichnet das Wesen der freiesten Demokratie der Welt trefflich, daß sie glaubt, ihre Parlamente, den Ausdruck der politischen Macht des Volkes, wie es so schön demokratisch heißt, vor der Beherrschung mit dem Volke selbst noch erst zu müssen, als es die Freiheit selbst zur Zeit ihres höchsten Glanzes und ihrer sichersten Macht in Preußen tat.

Im Grunde genommen ist die republikanische Abschneidung der Volksvertretung vom Volke selbst nichts weiter, als ein Auswand des auf die Spitze getriebenen Klassenkampfes, und bedeutet deshalb einen Beweis mehr für den Verfall der bürgerlichen Weltordnung.

### Falscher Zungenschlag mit den Beinen.

In Genä hat eine große Versammlung der proletarischen Einheitsfront zugestimmt. Wir haben darüber berichtet. Der „Vorwärts“ sucht jetzt die ihm unangenehme Abstimmung zu leugnen. Er behauptet, die meisten Versammlungsbesucher hätten schon, um aufzubrechen, gestanden, als durch Aufstehen für den Offenen Brief der D. R. P. D. abgestimmt worden sei. Dadurch hätte sich die große Mehrheit für die proletarische Einheitsfront ergeben. — Also ein falscher Zungenschlag mit den Beinen! Wenn der „Vorwärts“ zu solchen Mitteln greift, um die allgemeine Sympathie der Arbeiterschaft mit der Einheitsfront lächerlich zu machen, so schlägt er sich selbst in das Gesicht. Arbeiter, Klassenbewußte, organisierte Arbeiter, die bei einer außerordentlich wichtigen Abstimmung verfehlentlich stehen bleiben, nur weil sie gerade stehen? Wem will das der „Vorwärts“ aufbinden?

## Ausland.

### Die Pariser Entwaffnungsdebatte.

#### Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

(Havas.) Paris, 24. Januar. Der am Abend ausgegebene amtliche Bericht hat folgenden Wortlaut: In einer Sitzung, die von 4 bis 7 Uhr nachmittags dauerte, hat die Konferenz die Beratung der Entwaffnungsfrage Deutschlands fortgesetzt. Sie hat entschieden, daß die Sachverständigen für Heer, Marine und Luftschiffahrt sich morgen vormittag unter dem Vorsitz von Marschall Foch zusammensetzen sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung der Friedensvertragsklauseln, betreffend die Entwaffnung, durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten. In der morgen vormittag stattfindenden Sitzung wird zunächst über die Lage in Österreich gesprochen, alsdann wird in eine Prüfung der griechischen und der Orientfrage eingetreten.

Marschall Foch hat in dem Bericht, den er am 30. Dezember namens des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles erstattete und in der heutigen Vormittags-Sitzung der Pariser Konferenz zusammenfaßte, in neun einzelnen aufgeführten Punkten Feststellungen über von der deutschen Regierung angeblich noch nicht erfüllte Forderungen gemacht.

In der gestrigen Sitzung der Pariser Konferenz gab Marschall Foch, das Oberhaupt der französischen Militärs, ein Bild von den Streitkräften und den Rüstungsmitteln, über die Deutschland noch verfügt. Er schloß mit der Forderung, daß die ursprünglich für den 1. April vorgeschlagene Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie bis zum 1. Mai durchgeführt werden müsse. Es wurde ferner die Befreiung des Ruhrgebietes erwogen, die von Seiten Lloyd Georges Widerstand hervorrief. Sodann sprach der englische Vertreter in der Interalliierten Kontrollkommission, Bingham, der die Angaben Fochs über verborgene Waffen in Zweifel zog, was ihm eine Erwiderung von Seiten des Generals Klotz eintrug. Nach Meldung der Pariser Presse soll die Disposition zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten ergeben haben, daß Lloyd George und Briand sich nicht in voller Übereinstimmung befinden. Lloyd George erklärte, daß Deutschland sich seiner Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage vollkommen entledigt habe. Man sprach von den zahlreichen Einwörnern zu ehren, der D. R. P. D., von dem Ausbau der Bewaffnung der Reichswehr, der über die gemährten Zugeständnisse hinausgehe, von den geheimen oder öffentlichen Kampforganisationen der Ebertrepublik. Engländerseits wurde erklärt, Deutschland sei jetzt nicht fähig, irgendeinen ernstlichen Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen. Die innere und äußere bolschewistische Gefahr dürfe nicht vernachlässigt werden und Deutschland könne nicht ohne Verteidigungsmittel bleiben. Bezeichnend für die internationale Solidarität der Komintern war die Bemerkung Lloyd Georges: „Für den Zeitpunkt des 1. Mai, den Marschall Foch fordert, nicht jener Zeitpunkt, wo Unternehmungen der Roten Armee am meisten zu fürchten sind.“

Schließlich schlug Lloyd George vor, auf die Methode von Spa zurückzugreifen und die Deutschen zur Pariser Konferenz einzuladen. Wenn man die Deutschen angeht, hätte, wären die Alliierten eher in der Lage, zwischen Möglichem und Unmöglichem zu unterscheiden. Diesen Vorschlag der englischen Delegation wies Briand sehr energisch zurück. Dieses Entgegenkommen gegenüber der deutschen Bourgeoisie ging ihm offenbar zu weit.

### Will England den Bruch mit Sowjetrußland?

Das halbamtliche englische Neuterbüro veröffentlicht eine längere Mitteilung über die Beziehungen Englands zu Sowjetrußland. Es heißt darin, daß Krassin sich mehrfach zu Journalisten in pessimistischem Sinne über den Gang der englisch-russischen Verhandlungen geäußert habe. In maßgebenden englischen Kreisen sehe man aus Krassin

Erklärungen den Schluß, daß Moskau es nicht ehrlich meine und ein Abkommen in dem geplanten Sinn überhaupt nicht ausführen wolle. Die russische Sowjetregierung sei nach wie vor den britische Interessen in Asien feindlich gesinnt und Rußland sei nicht gewillt, auf seine antienglischen Intrigen zu verzichten. Die Neutermeldung enthält dann den Text eines angeblichen Aufrufes, den Sokolnikow, der Oberste Sowjetkommissar an der Turkestanfront an eine rote Division in Tadschikent gerichtet habe. In diesem Aufruf werden angeblich die Rotarmisten darauf hingewiesen, daß sie an der Grenze Indiens stehen und die Aufgabe hätten, den Indern im Kampf gegen ihre englischen Unterbrüder beizustehen. — Diese Neutermeldung zeigt deutlich, daß der Einfluß Churchills in der englischen Regierung wieder zunimmt. Dieser gewissenlose Abenteuerer will einen neuen Kampf gegen Sowjetrußland und sucht alle möglichen Vorwände, um dem englischen Publikum einen solchen Krieg schmackhaft zu machen. Da ja bekanntlich geheime Fäden die Entente-Gegegenrevolution mit den deutschen Militaristen und Reaktionären verbinden, muß auch das deutsche Proletariat diese neuen Intrigen der englischen Regierung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen.

### Araberaufstand gegen Frankreich.

#### Aleppo geräumt?

Moskau, 23. Januar.

Hier sind Meldungen von einem großen Aufstand eingetroffen, der im Gebiet von Aleppo gegen die Franzosen ausgebrochen sei. Die französischen Truppen haben Aleppo verlassen, wobei ihnen die Araber drei Geschütze, viele Maschinengewehre und Gefangene abgenommen hätten.

### Gärung in der griechischen Armee in Kleinasien.

Konstantinopel, 23. Januar 1921.

Die sogenannte griechische Offensive in Kleinasien ist trotz der bisherigen Meldungen über Siege vollständig zusammengebrochen. Der linke Flügel der Griechen ist durch das Vorgehen Kemal in großer Bedrängnis. Die griechische

### An alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Breslaus!

Freitag, den 28. Januar 1921, abends 7 Uhr, in den Zentral-Wälfällen, Westendstr. 50/52 und in Bräners Gesellschaftshaus, Gabschstr. 20

### 2 öffentliche Versammlungen

der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft mit dem aktuellen Thema:

#### Die Gewerkschaftsbürokratie

#### bei der Zerkörung der Gewerkschaften!

Referenten: Gen. Heinrich Brandier u. Karl Becker.

Freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter! Es muß Stellung genommen werden zu der den Gewerkschaften durch den Ausschluß von Kommunisten drohenden Gefahr. Darum auf in die Versammlungen!

#### Die Gewerkschaftsfraktionen der D. R. P. D.

Heeresleitung mußte ihre Armee auf ihre Ausgangsstelle zurückziehen, denn in der griechischen Armee herrscht eine gefährliche Stimmung. Die Mannschaft, die schon viele Jahre unter Waffen steht, ist kriegsmüde und verlangt die Demobilisierung. Auch die Offiziere sind wegen der Beförderung von Offizieren im Hinterlande, die den Krieg nicht mitgemacht haben, sehr aufgebracht. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das griechische Abenteuer in Kleinasien bald liquidiert sein wird.

### Der indische Bauernaufstand geht weiter.

Der amtliche englische Nachrichtendienst hatte in den letzten Tagen mehrfach behauptet, daß der Bauernaufstand in Nordindien unterdrückt sei. Aber die kapitalistischen Lügen haben kurze Beine. Ein amtliches Telegramm aus Allahabad muß zugeben, daß der Bauernaufstand im Bezirk Jhjabad immer noch fortbauert. Die Aufständischen machten erst kürzlich wieder einen Ueberfall auf einen Eisenbahnzug. Die indische Krise hat sich eben in letzter Zeit so verschärft, daß sie weder durch diplomatische Kunststücke, noch durch militärische Gewalt eingedämmt, und noch weniger durch den amtlichen Lügenapparat totgeschwibelt werden kann.

## Internationales.

### Ein Gedenktag der Weltrevolution.

Moskau, 23. Januar. (Via Stockholm.) „Koska Wien.“ „Pravda“ schreibt über den Gedenktag der russischen Revolution: Der 9. Januar wird im ewigen Angedenken aller russischen und internationalen Arbeiter bewahrt werden. Die 16 Jahre, die seitdem verfloßen sind, stellen für die russische Arbeiterklasse eine Ewigkeit dar. Seitdem hat sie sich befreit und ist zum Selbstbewußtsein gekommen. Wir haben unsere eigenen Gesetze und unsere Feinde fließen ihre Zähne umsonst. Jahrzehnte und Jahrhunderte werden vergehen, aber der 9. Januar wird nie vergessen werden. Dies war der Tag der Opfer, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe um die Emanzipation von dem Kapitalismus gebracht hat. Die Märtyrer des 9. Januars sollen in unserem ewigen Andenken bewahrt werden.

## Die Spaltung der deutschböhmischesozialdemokratischen Partei.

Prag, 24. Januar. „Koska Wien.“ Auf die Ausschließung der Reichsberger Kreisorganisation aus der deutschböhmischesozialdemokratischen Partei hat der Aktionsauschuß der Linken mit der Aufrichtung einer Gegenorganisation der Linken im ganzen Lande geantwortet. Es werden überall Lokalorganisationen der Linken geschaffen. Der Aktionsauschuß der Linken richtet an die deutschböhmischesozialdemokratische Partei einen Aufruf, in dem den Organisationen bekannt gegeben wird, daß ein Parteitag einberufen wird. Der Parteitag wird die letzten Schritte zur Gründung einer kommunistischen Partei bestimmen. Der Aufruf schließt mit einer Begrüßung der 3. Internationale.

## Kapitalistische Wirtschaft

### Wofür Geld da ist.

Die „Freie Meinung“ hat erfahren, daß in Breslau ein Konsortium den Bau einer Filmfabrik plant und die Unternehmer dazu die Geldmittel stellen wollen, sobald die Grundmauern stehen würden.

In einer Periode, wo das Wohnungsleben immer größer wird, und hunderte von Proletarierfamilien in Räumen, denen Schweineställe halb vorzuziehen sind, hausen müssen, wofür man das Geld für derartige Bauten hinzugeben, um diesem Elend etwas abzuheifen, ist kein vorstellbar. Aber zu Sachen, die einen großen Profit sicherstellen, werden Millionen hinausgeworfen. Das zeigt so recht die wahnsinnige Profitwirtschaft des Kapitals! Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft ihr Augenmerk auf diese widerwärtigen Zustände mehr lenkt und mit ihren ganzen Kräften gegen dieses System ankämpft und für die Kontrolle der Produktion eintritt. Erst dann wird es möglich sein, alles zur Verfügung stehende Baumaterial nur zum Bau von Arbeiterwohnungen verwenden zu können, und auch die dazu nötigen Gelder dem Nutzen der Allgemeinheit zuzuführen.

## Aus der Provinz.

**Hungerlöhne für Invaliden.** Von einem Invaliden wird uns geschrieben: „Die Firma Bollheim, Wert und Rebderei in Kofel, beschäftigt mehrere Invaliden, die mit einem Wochenlohn von 120 M. abgepeist werden. Unsere Firma zählt ebenfalls zu denen, die Millionen in der Kriegswirtschaft und während der Revolution eingehemmt hat. Nicht genug, daß man uns bis aufs Mark ausgebeutet hat, haben wir auch noch unsere Knochen für das Schlemmertum der Kapitalisten hingeben müssen. Als Dant dafür läßt man uns mit der Familie elend zugrunde gehen. Ich frage die Öffentlichkeit, wer soll mit 120 M. Wochenlohn sich und seine Familie ernähren?“

Wieder eine Stimme mehr zu den Millionen von Proletarierstimmen, die aus ihrer Not, aus ihrem Elend zum Himmel schreien. Es wäre sehr notwendig, daß sich die Betriebsräte mit Unterstützung der Gewerkschaften da einmal für die Arbeiter des genannten Betriebes näher interessieren. Wir können den Arbeitern jetzt schon sagen, daß sie ihre Lebenslage nur dann verbessern können, wenn sie sich den Reihen der kämpfenden Kameraden anschließen und mit vereinten Kräften für die Beseitigung des Kapitalismus, für die Kontrolle der Produktion, für die Lohn- und Preisregulierung durch die Betriebsräte mit Unterstützung der Gewerkschaften, für den Aufbau einer sozialistischen Bedarfswirtschaft kämpfen.

**Landeshut.** Der Tag der Landtags- und Kreis-tagswahlen rückt immer näher, alle Parteien haben mehr oder weniger ihre Vorbereitungen getroffen, um wiederum den gut- und leichtgläubigen deutschen Wähler auf einige Jahre bevorzuden zu können. Verzweiflungen von wissenschaftlichen Unwahrheiten und Verdrehungen schlimmster Art, Versprechungen und Verstrickungen sind die Kruden, auf denen die Vertreter der bürgerlichen Oligarchen und ihrer Trabanten aus dem rechtssozialistischen Lager in die Parlamente ziehen wollen. Das Schlagwort der Demokratie wird im kapitalistischen Wirtschaftssystem nie und nimmer die Befreiung der unteren Volksklassen herbeiführen, wird bis zur Beseitigung der Besitzverhältnisse eine Phrase bleiben. Die D. R. P. D. wird den Wahlkampf nicht mit Illusionen führen, sondern die Schäden der augenblicklichen Wirtschaftsordnung rücksichtslos aufdecken. Darum, Genossen! Agitiert mit allen Kräften für guten Besuch unserer Versammlungen am Donnerstag, den 27. Januar, im „Kaiserpark“ in Landeshut, am Freitag, den 28. Januar, in der „Stadt Berlin“ in Liebau und Sonntag, den 30. Januar, vorm. 9 Uhr, in Rothenbach.

Darum, Genossen! Auf, an die Arbeit!

**Gottesberg.** In der Delegationsversammlung der „Schlesischen Kohlen- und Koksmerke“ sind am Sonntag, den 23. Januar, für das Sekretariat 102,30 M. gesammelt worden. D. R. P. D. Bez. Waldenburg.

**Sammlung.** 72,50 M. für die Opfer des 27. Dezember von Ortsgruppe Peterswaldau. Bezirksleitung. L. Gruschwitz.

## Lokales.

Breslau, den 28. Januar 1921.

### Sozialdemokratisches.

Das sozialdemokratische Neuter bei der Unzufriedenheit und Hilflosigkeit sozialdemokratischer „Gewerkschaften“ und „Lektoren“ noch zu sagen wissen, ist bekannt, und es ist gewiß klar

